

Seminar für Führungskräfte der Wasserwirtschaft 2014

Gutes tun und darüber reden

**Dr. Juliane Thimet,
Bayerischer Gemeindetag**

Die Karwoche ist die Woche der Besinnung und Einkehr. Von 150 Führungskräften der Wasserwirtschaft wurde sie in diesem Jahr genutzt, um sich zum 44. Mal in Bad Wiessee zur anerkannten viertägigen Führungskräfte-tagung zu treffen. Zum ersten Mal wurde diese Veranstaltung auch vom Bayerischen Fernsehen begleitet, das den ersten Veranstaltungstag mit drei Fernsehberichten „adelte“.

Den Höhepunkt des ersten Tages bildete der gemeinsame Podiumsauftritt von Staatsminister Dr. Marcel Huber und Präsident Dr. Uwe Brandl. Umweltminister Dr. Huber ließ sich auf das launige Thema „Frohe und andere Botschaften aus dem Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz“ ein. Als zentrales Diskussions-thema erwies sich die Koalitionsvereinbarung der Deutschen Bundesregierung, die sich einen Ausstieg aus der landwirtschaftlichen Klärschlamm-

verwertung auf die Fahnen schreibt. Ein Umstellen bei der Klärschlamm-ausbringung auf eine rein thermische Verwertung stellt unstrittig eine Rieseninvestition dar, wobei das Problem der sogenannten Phosphorrückgewinnung technisch noch nicht gelöst ist. Der Präsident des Bayerischen Gemeindetags prägte hierzu den Satz: „Abwasserentsorger sind keine Düngemittelproduzenten!“ Auf der politischen Ebene scheint es außerdem gesetzt, dass für sämtliche Kosten für neue Klärschlamm-trocknungsanlagen letztlich der Abwassergebührenzahler aufkommen soll. Dies würde Gemein-

den und Bürger möglicherweise jedoch mit Gebührensätzen treffen, die nicht mehr ohne weiteres zumutbar sind. Dr. Huber erhielt grundsätzliche Zustimmung für seine Einschätzung, das Thema müsse vorangebracht werden. Er formulierte treffend: „Die Empfindlichkeit

der Menschen nimmt mit der Qualität der Nachweisverfahren zu.“ Auch darauf muss die Wasserwirtschaft selbstverständlich reagieren, wenn sie weiterhin mit Stolz auf die außerordentlich hohe Qualität der bayerischen Wasserversorgungen und Abwasserentsorgungen blicken will.

Dr. Brandl bedankte sich für die Änderung des Kommunalabgabengesetzes zum 01.08.2013, die für Bayerns Kommunen eine „Klaviatur der Rücklagenbildung“ bereithält. Dennoch gibt es eine Grenze für die Zumutbarkeit von Gebühren für den Bürger. Bisher war es ausdrückliches Ziel der Richtlinien



Dr. Juliane Thimet



Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags und Dr. Marcel Huber, Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz



Die Referenten im Dialog (v.l.n.r.): Dr. Andreas Lenz, Bayerische Verwaltungsschule, Bernd König, Geschäftsführer dreier Zweckverbände und Leiter der Fortbildungsveranstaltungen des BayGT in Enkering; Dr. Juliane Thimet, Moderatorin; Dr. Stefan Herb, Landesamt für Umwelt; Bernd Traue, stv. Geschäftsführer der DVGW Landesgruppe Bayern

für die Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (kurz: RZWAs), unzumutbar hohe Beitrags- und Gebührensteigerungen zu vermeiden. Der Freistaat Bayern, der die öffentliche Wasserwirtschaft seit den 50er Jahren mit rund 45 Milliarden Euro an Zuschüssen gefördert hat, will sich nun jedoch aus dem Sanierungssystem zurückziehen. Dies kann im Hinblick auf die außerordentlich großen Netzlängen im ländlichen Raum nicht widerspruchsfrei hingenommen werden. Vielmehr ist der Staat gehalten, hier für Sonderkonstellationen das be-

währte Förderprogramm der RZWAs aufrecht zu erhalten. Zu denken ist an Gemeinden, die den demografischen Wandel auch als Strukturwandel ihrer Wasserversorgungseinrichtungen erleben. Bei der Abwasserentsorgung ist nicht nur eine Modernisierung des Netzes erforderlich, sondern auch eine zunehmende Umstellung von Mischwasser auf Trennsysteme. Hinzu müssen die Einrichtungen auf die immer häufigeren Starkregenereignisse ausgelegt werden. Hier kommen in einzelnen Gemeinden außerordentlich hohe Kosten für die Netzmodernisie-

rung, die nicht mehr in einem vertraglichen Rahmen über Gebühren finanziert werden können.

Beim Thema Wasserschutzgebiete sprach Herr Dr. Huber von einem „mutigen Ritt“ in Bezug auf die vielen kleinen Schutzgebiete, die Bayerns Landschaft durchziehen. Nitratreinträge durch die Landwirtschaft können nicht immer verursachergerecht rückverfolgt werden. Die negativen Auswirkungen kommen mit einer gewissen Zeitverzögerung, aber sie gelangen ins Trinkwasser. Hier hat die Landwirtschaft eine ganz hohe Verantwortung, der sie derzeit – wie die Untersuchungen der Wasserversorger zeigen – in einem sinkenden Maße gerecht werden. Insbesondere der An-



Dr. Ina Wienand, Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

bau von Energiepflanzen am Rande von Wasserschutzgebieten ist außerordentlich kontraproduktiv für die jahrzehntelangen Bemühungen der Wasserversorger.

Frau Häußler vom Europabüro der bayerischen Kommunen berichtete zum neuen Vergaberecht, Frau Dr. Schmitz von der Bundesvereinigung der Deutschen Energie- und Wasserwirtschaft erläuterte neue Anforderungen von der Bundes- und der EU-Ebene, die auf die Wasserversorger zukommen. Sie empfahl, bei den Austauschfristen für Wasserzähler in Deutschland nachzusteuern. „Wir haben im europäi-



**Mitte: Günter Heimrath, Geschäftsführer des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands
Links: Dieter Mühlfeld, BKPV, Spezialist für Beitrags- und Gebührenkalkulation**



Juliane Thimet verabschiedet den Meilenstein der Bayerischen Wasserwirtschaft, Gerd Moser, der u.a. im Landesausschuss des Bayerischen Gemeindetags über lange Jahre den Interessen der Wasserwirtschaft Gehör verschafft hat.

schen Vergleich die kürzesten Austauschzeiten überhaupt.“ Bei uns gelten sechs Jahre an Stelle der zwölf Jahre, die anderenlands ausreichen.

Aus dem Reigen der hervorragenden Referenten für die vier Veranstaltungstage sei noch Frau Weindl vom Staatsministerium des Innern herausgehoben. Sie hatte die Aufgabe, den Teilnehmern die KAG-Änderung 2014

nahezubringen. Während die Einführung einer Verjährungshöchstgrenze von 20 Jahren ab Eintritt der Vorteils-lage bei Beiträgen als unumgänglich akzeptiert wurde, spürte Frau Weindl einigen Gegenwind bei der – ohne Not – zeitgleich eingeführten „dynamischen Zinsschranke“ von zwei Prozent über einem sich halbjährlich ändernden Basiszinssatz nach § 247 BGB. Diese Vorschrift erzeugt viel Bürokratie und Durcheinander. Kritisiert wurde in diesem Zusammenhang, dass nun kein einheitliches Zinsniveau mehr besteht, sondern eine unnötige Differenzierung in der Rechtslandschaft einsetzt.

Herr Heimrath, der Geschäftsführer des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands, und Herr Wiedemann, hatten die schwierige Aufgabe, die Änderung beim § 13 b Umsatzsteuergesetz bezogen auf Hausanschlüsse darzustellen. Hierzu informiert der Gemeindetag in einem eigenen Rundschreiben.

Den Schlusspunkt der Veranstaltung setzte am Gründonnerstag der „Osterhasenbeauftragte“ des Bayerischen Gemeindetags, Herr Dr. Gaß, und sein Pendant vom Staatsministerium des Innern, Herr Hofmann. Sie propagier-

ten Schritte Richtung interkommunaler Zusammenarbeit, wobei diese rechtlich niemals so schwierig war wie heute, da die EU mit ihrer Mehrwertsteuerrichtlinie und ihrer Dienstleistungskonzessionsrichtlinie neue Hürden aufbaut.

Frau Dr. Thimet, die zusammen mit der Geschäftsstelle des Bayerischen Gemeindetags die Veranstaltung organisiert und insgesamt moderiert hat, hatte diese Veranstaltung erstmals von ihrem Vorgänger Herrn Dr. Wiethe-Körprich übernommen. Sie verabschiedete sich mit einem Augenzwinkern: Ihr sei bewusst, wie groß die Schuhe ihres Vorgängers seien. Ihre seien allerdings etwas höher, was einen gewissen Ausgleich schaffe.

Die Teilnehmer haben sich bereits den 5. bis 8. Mai 2015 für die 45. Führungskräfte-tagung in Bad Wiessee vorgemerkt. Die Anmeldung ist über die Kommunalwerkstatt des Bayerischen Gemeindetags bereits jetzt möglich. Es ist die Großveranstaltung für alle Zweckverbandsvorsitzenden und Geschäftsführer von Zweckverbänden und Kommunalunternehmen sowie für Bürgermeister, die die Aufgaben der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in ihrer Gemeinde selbst ausführen.

Informationen des Bayerischen Gemeindetags im Juni 2014 ...

... können Sie unter www.bay-gemeindetag.de im „Mitgliederservice“ nachlesen.

• Pressemitteilungen

- 11/2014 Günstiges Erdgas für Bayerns Gemeinden und Städte
- 12/2014 Ministerpräsident verspricht das Paradies auf Erden

• Rundschreiben

- 23/2014 Kooperationsveranstaltung zum Thema Sozial- und Energiegenossenschaften
- 24/2014 SBI-Befragung zur kommunalen Straßenbeleuchtung
- 25/2014 Wichtiger Hinweis zum E-Mail-Versand unserer Rundschreiben und Schnellinfos für Rathauschefs